

Länggassblatt - unabhängige Zeitung des Länggassquartiers

06.2010 1/3

Am 3. Mai fand im Mappamondo eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema Waldstadt Bremer statt. Das Länggassblatt hat Ursula Wyss, Nationalrätin und Präsidentin des Fördervereins Waldstadt, gesprochen.

Länggassblatt: Sie haben die Nachhaltigkeit des Projekts Waldstadt Bremer betont. Nachhaltig ist das Projekt jedoch erst, wenn die Gemeinden in der Agglomeration zugunsten der Waldstadt auf Einzonungen verzichten.

Ursula Wyss: Genau. Das Projekt muss zwingend in einem regionalen Siedlungs- und Verkehrskonzept eingebunden sein. Das wird eine Herausforderung für die Stadt und Region Bern sein. Ich erwarte aber von der Stadt, dass sie die umliegenden Gemeinden mit einbezieht, wenn das Projekt dereinst realisiert werden sollte. In diesem Sinne wurde die Waldstadt Bremer im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept aufgenommen, welches Mitte Jahr in die öffentliche Mitwirkung kommt.

Bei der aktuellen Gesetzeslage haben die Gemeinden kaum ein Interesse, auf Einzonungen zu verzichten. Wie kann man Gemeinden dazu bewegen, es trotzdem zu lassen?

Die Gemeinden haben dann ein Interesse, wenn es für sie einen Ausgleich gibt, also wenn sie von der Mehrwertabschöpfung profitieren können. Dann haben sie ein wirtschaftliches Interesse - sonst nicht.

Ein eher kurzfristiges Interesse...

Ja. Aber das muss man in einem Gesamtzusammenhang lösen. Das ist Thema einer öffentlichen Auseinandersetzung, die von der Landschafts-Initiative ausgelöst wurde und nun mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages fortgesetzt wird. Man hat erkannt, dass die bisherige Raumplanungspolitik zu einer totalen Zersiedelung geführt hat. Jede Gemeinde zont für sich ihre Bauzonen ein. Wir müssen in Zukunft - und vor allem, wenn es um grosse Siedlungen geht - regional planen. Die Städte haben daran ein besonderes Interesse.



Foto Annette Boutellier

Waldstadt Bremer

Ursula Wyss – Präsidentin Förderverein Waldstadt

Trotzdem überwiegt im Moment bei vielen wohl der Zweifel, ob diese Bedingung wirklich erfüllt werden kann...

Der Zweifel ist bei all diesen Fragen in der Tat das Naheliegende. Die Waldstadt Bremer ist ein Projekt, das hohe Herausforderungen stellt, insbesondere an die Stadt. Wenn die Stadt dereinst zu einem klaren Strategieentscheid kommt – ja, wir wollen diese Planung angehen – dann müssen die Behörden das Projekt in die Hände nehmen. Es übersteigt die Möglichkeiten der Projektverantwortlichen, solche Fragen zu beantworten. In dieser ersten Konzeptionsphase hilft uns das Bundesamt für Raumplanung. Aber erst wenn die Stadt die weiteren Schritte unternimmt, wird sich zeigen, was realistisch ist und was nicht.

Was ist Ihre persönliche Motivation, sich für das Projekt Waldstadt einzusetzen?

Bei allem, was ich hier vertrete: ich vertrete es als Herzensanliegen. Erstens, weil ich sehe, dass der Leerwohnungsbestand in der Stadt Bern erschreckend tief ist. Viele meiner Bekannten ziehen aufs Land, mieten sich dort eine Wohnung oder kaufen sich ein Haus – obwohl sie das eigentlich gar nicht möchten und mit ihren Kindern lieber in der Stadt Bern wohnen würden. Aber dazu hat es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Weil ich das sehe und weil mir diese Stadt am Herzen liegt, und ich es weit sinnvoller und ökologischer finde, wenn die Leute möglichst zentral wohnen und nicht jeden Tag mit dem Auto in die Stadt fahren, engagierte ich mich für die-

Länggassblatt - unabhängige Zeitung des Länggassquartiers

06.2010 2/3

ses Projekt. Aber auch für mich gibt es Bedingungen, die ich an dieses Projekt stelle: wenn die Autobahnüberdachung – welche ich für die Aufwertung des Länggassquartiers und auch für die Aufwertung des Bremgartenwaldes als sehr wichtig betrachte – nicht finanziert werden könnte, dann wäre das nicht mein Projekt.

In der Diskussion wurde erwähnt, dass das ASTRA eine Verbreiterung der Autobahn plant, die durch den Bremgartenwald führt. Wie sicher ist das?

Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Verbreiterung realisiert wird, ist leider ziemlich gross. So sieht jedenfalls die Planung auf Bundesebene zur «Engpassbeseitigung» bei den Autobahnen aus. Das wird eine Baustelle zur Folge haben und dies über einige Jahre hinweg. Darüber wird die Stadt Bern und auch die Länggasse aber nicht befinden können. Für die Länggasse scheint es mir sehr attraktiv, in dieser Situation politischen Druck aufzusetzen, damit dieses Teilstück voll überdacht wird, so dass man etwas davon hat. So könnte man einerseits den Lärm wegbringen, andererseits neue Flächen gewinnen, die attraktiv sind.

Bei der Vorstellung des Projektes haben Sie mehrmals erwähnt, dass die Waldstadt höchsten ökologi-

schen und sozialen Ansprüchen genügen soll. Ist das nicht illusorisch angesichts der anfallenden Kosten?

Die Anforderungen an das Projekt und die Erwartungen daran sind – zu Recht – sehr hoch. Ich finde, es kann nicht sein, dass hier ein Luxus-Quartier entsteht. Ich bin überzeugt, dass man hier so planen muss, dass möglichst all diese Erwartungen erfüllt werden. Wenn die Stadt eine so grosse Fläche überbauen will, dann kann sie das politisch gar nicht durchbringen, wenn sie nicht die sozialen und ökologischen Aspekte vor die ökonomischen stellt. Zudem wird das Projekt die Hürde der Volksabstimmung überwinden müssen. Deshalb muss es all diesen Erwartungen genügen, sonst ist es gescheitert.

Sehr viele Fragen konnten heute Abend nicht beantwortet werden.

Normalerweise führt man solche öffentlichen Gespräche erst kurz bevor es zu einer Abstimmung kommt. Dann kann man all diese Fragen beantworten. Aber gerade weil wir wissen, dass das Länggass-Quartier wegen dem grossen Druck, der auf dem Quartier lastet, sehr sensibel ist, wollten wir die Veranstaltung möglichst früh durchführen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem das Quartier noch ernsthaft mitreden kann und nicht erst, wenn es nur noch darum geht, ob man ja oder nein stim-

men soll. Wir sind sehr interessiert an der Haltung des Quartiers – ein solches Projekt wird letztlich nicht gegen eine Mehrheit im Quartier zu gewinnen sein.

Was haben Sie für einen Eindruck vom heutigen Abend?

Ich fand es eine sehr spannende und differenzierte Diskussion. Ich habe eigentlich erwartet, dass mehr Leute polemisch dagegen «schiessen» und fundamental dagegen sind. Das gab es zwar auch, aber ich bin erstaunt, wie wenige es waren. Ich fürchtete schon, dass ich nach diesem Abend geteert und gefedert den Saal verlassen... (lacht). Es wird nun unser Auftrag sein, diese kritischen Stimmen aufzunehmen und uns diesen Fragen anzunehmen. Es waren wichtige Aspekte, die hier zur Sprache kamen. Ich bin auch froh, dass ein Vertreter der Stadt anwesend war und all diese kritischen Einwände gehört hat. Das sind Überlegungen, die auch für die Stadt wichtig sind.

Nicht alle SP-Leute befürworten die Waldstadt. Die SP-Länggasse zum Beispiel ist dagegen...

Das Thema wird fast in allen Parteien kontrovers diskutiert. Auch die SP hat keine einheitliche Parteiposition dazu. Das Anliegen entspricht nicht dem gängigen rechts-links-Schema. Das ist ja auch spannend.

Aufzeichnung: Regine Strub

Der Teil der Autobahn zwischen Weyermannshaus und Wankdorf wird tatsächlich in der Programmbotschaft des Bundesrates vom November 2009 zur Beseitigung von Engpässen auf Nationalstrassen erwähnt.

In dieser Programmbotschaft ist zu lesen, dass das eidgenössische Parlament für die nächsten 20 Jahre insgesamt 5,5 Milliarden Franken für die Beseitigung von Engpässen zur Verfügung stellt. Da der gewünschte Bedarf diesen Betrag um ein Mehrfaches übersteigt, hat der Bundesrat eine Priorisierung der Projekte vorgenommen. Die Projekte wurden in vier Module eingeteilt, wobei Modul 1 in den nächsten vier

Acht Spuren?

Verbreiterung der Autobahn im Bremer

bis fünf Jahren umgesetzt wird. Die Projekte in Modul 4 wurden ganz zurück gestellt. Die Module 2 und 3 werden in den nächsten vier bis fünf Jahren noch einmal genauer überprüft. Dabei kann es noch zu Verschiebungen und Neubeurteilungen kommen. Das Stück Autobahn, das durch den Bremgartenwald führt, wurde in Modul 2 eingeteilt. Ob die Autobahnverbreiterung auf acht Spuren tatsächlich realisiert wird, stellt sich erst in zirka drei bis vier

Jahren heraus, wenn der Bundesrat eine neue Programmbotschaft herausgibt. Entscheiden wird das eidgenössische Parlament. Im Moment sei deshalb noch alles offen, meinte Thomas Rohrbach, Mediensprecher des ASTRA gegenüber dem Länggassblatt. Nicht zuletzt wegen den fehlenden Finanzen könne es gut sein, dass nicht alles umgesetzt werde. Das Waldgesetz wäre aber kein Hindernisgrund für einen Ausbau – so Rohrbach. *Regine Strub*

Waldstadt

Wenn eine Gemeinde Agrarland in Bauland umzont, steigt der Wert dieses Landstücks. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, per Vertrag – oder falls vorhanden per gesetzlicher Grundlage – vom Grundeigentümer eine öffentliche Abgabe zu verlangen.

Die Gemeinde darf gemäss einem Bundesgerichtsentscheid bis zu 60 Prozent der Differenz zwischen dem Preis von Agrar- und Bauland beanspruchen. In der Regel sind es aber eher 40 Prozent. Damit soll die Wertsteigerung, die sonst nur dem Grundeigentümer (im Fall der Waldstadt also der Bürgergemeinde) zukommen würde, mindestens teilweise dem Gemeinwesen zugeführt werden.

Im Kanton Bern wird die Mehrwertabschöpfung von einigen Gemeinden mit vertraglichen Vereinbarungen umgesetzt, und zwar meist bevor eine Umzonung stattfindet,

Mehrwertabschöpfung

Was ist damit gemeint?

wie Lukas Bühlmann, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, auf Anfrage erklärt. Den Ertrag aus der Mehrwertabschöpfung kann eine Gemeinde zum Beispiel in die Gestaltung des öffentlichen Raumes, den öffentlichen Verkehr, ökologische Aufwertungen oder in den gemeinnützigen Wohnungsbau investieren.

Die Berner Nationalrätin und Präsidentin des Fördervereins Waldstadt, Ursula Wyss, schlug an der Podiumsdiskussion vor, die Autobahnüberdeckung mit Einnahmen aus der Mehrwertabschöpfung zu finanzieren. Ob deren Kosten vollständig gedeckt werden könnten, ist allerdings fraglich. Lukas Bühlmann,

Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung reagierte zumindest skeptisch. Hinzu kommt, dass in der Siedlung nach dem Willen der Projekt-Initianten auch der soziale Wohnungsbau berücksichtigt werden soll. Dies müsste vermutlich die Stadt finanzieren – wird sie auf die Mehrwertabschöpfung zurückgreifen? Im Interview schlug Ursula Wyss vor, die Gemeinden in der Region sollten an der Mehrwertabschöpfung beteiligt werden, damit sie zugunsten der Waldstadt auf Einzonungen verzichten (vgl. Interview). Spätestens hier kommen ernsthafte Zweifel auf, ob dies alles mit der Mehrwertabschöpfung finanziert werden kann.

Regine Strub